

1934.
n ereig-
nte Ma-
n, schlug
log über
den Zu-
st d dat-
utoban-
Werk-
ngeln an ein-
it einer
immer
Belgriff
rtempe-
en Na-
in die
r Klee-
werber
würde
in die
e Licht
a horte
fütig
en, sich
r nicht
auf die
hätt
n.
n.
vor-
ge-
r. 14,
Mr.
fied
im
ing
Ge-
ung
pä-
ine
bei
je
gen
rie-
cht
ber-
fjel
34.
11.
11.
le-
bio
er,
15-
ge
er

Einzelpreis 30 Groschen

Bote von der Ybbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

Bezugspreis mit Postversendung: Ganzjährig S 14.60 Halbjährig „ 7.30 Vierteljährig „ 3.75 Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.	Schriftleitung und Verwaltung: Obere Stadt Nr. 33. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt. Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen. Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Preise bei Abholung: Ganzjährig S 14.— Halbjährig „ 7.— Vierteljährig „ 3.60 Einzelpreis 30 Groschen.
---	---	--

Folge 33

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 17. August 1934

49. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Deutschösterreich.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat einen kurzen Besuch dem Nachbarstaate Ungarn abgestattet. Dadurch haben die besonders herzlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn eine neuerliche Bestätigung erhalten. Mit dieser seiner ersten Auslandsfahrt hat Dr. Schuschnigg wohl auch befehlen wollen, daß er gewillt ist, die von seinem Vorgänger eingeschlagene Richtung der Außenpolitik, die nicht zuletzt von dem Gedanken einer engen Zusammenarbeit mit Ungarn getragen ist, fortzusetzen. War der Anlaß zum Besuch in Ungarn zunächst ein durchaus unpolitischer, so besteht doch kein Zweifel, daß den Ausprägungen Dr. Schuschniggs mit dem ungarischen Reichsverweser, mit dem Ministerpräsidenten Gömbös und anderen ungarischen Staatsmännern gerade in diesen Tagen, kurz nach dem Tode des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß, erhöhte und symptomatische Bedeutung zukommt.

Schon in dem seinerzeitigen Komunique, das die Zusammensetzung des Kabinetts Schuschnigg-Starhemberg mitteilte, wurde angekündigt, daß dem Bundesminister für soziale Verwaltung ein aus dem Arbeiterstande entnommener Staatssekretär für die Fragen des Arbeiterschutzes werde beigegeben werden. Nun ist in diesem Sinne der Kärntner Arbeitervertreter Landtagsvizepräsident Hans Großauer, der im Landarbeiterbund eine führende Rolle innehat und selbst von Beruf Industriearbeiter ist, auf diesen Posten berufen worden. Großauer wurde in Rindberg in Steiermark im Jahre 1893 geboren und besuchte die Volks- und Fortbildungsschule. Er war, bevor er einrückte, Hammer- und Werkzeugschmied. Er diente beim Festungsartillerieregiment Nr. 8. Im Krieg wurde er durch fünf Bajonettschüsse, Brust-, Kopf-, Lungen- und Armschüsse, schwer verwundet und geriet in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er nach drei Jahren, und zwar im Jahre 1920, als Schwerinvalid heimkehrte. Er erhielt auch mehrere Auszeichnungen. Großauer war durch vier Jahre Vorstandsmitglied der Industriebezirkskasse Klagenfurt, ferner Vorstands- und Beiratsmitglied der Angestelltenversicherungskasse für Kärnten und Vorstand des Landeskartells der christlichen Gewerkschaften Kärntens. In den Landtag wurde er als Sekretär der Forst- und Landarbeiter gewählt und in der letzten Periode zum Landtagsvizepräsidenten ernannt.

Vizekanzler Fürst Starhemberg ist nach Italien gereist und hatte einige Unterredungen mit Mussolini und faschistischen Führern. Der Besuch hatte keinen staatspolitischen Charakter, jedoch wurden auch politische Fragen berührt. Im Laufe des Besuchs, den Ministerpräsident Mussolini dem österreichischen Lager abstattete, hielt Vizekanzler Starhemberg eine Rede, in der er den Willen Österreichs betonte, seine Unabhängigkeit um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Starhemberg pries sodann Italien und seinen Ministerpräsidenten Mussolini.

Über den Besuch Starhembergs in Italien, der der fremden Presse Anlaß zu verschiedenen Kommentaren gibt, schreibt u. a. die Pariser „Temps“: Was aber die Gerüchte über die in diesem Zusammenhange ins Auge gefaßten Lösungen, insbesondere die Gerüchte über die Möglichkeit einer Hasburger-Restauration anlangt, so ist größte Zurückhaltung geboten. Starhemberg hat selbst mit Recht betont, daß die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit eine vornehmlich internationale Frage ist, die praktisch nur mit Hilfe aller beteiligten Mächte gelöst werden kann. Man hat allen Grund, anzunehmen, daß der Anschluß den Krieg bedeuten würde, und dies dürfte auch der Hauptgrund sein, warum das nationalsozialistische Deutschland nach dem Scheitern des Putschs am 25. Juli den Rückzug angetreten hat. Man hat den Eindruck, daß eine Restauration nur als letzte Lösung in Betracht kommen könnte, wenn alle Mittel, um die deutsche Offensive gegen Österreich abzuwehren, sich als unwirksam herausstellen sollten. Selbst in diesem Falle würde die Restauration auf ernste Schwierigkeiten stoßen. Es gibt sicher andere Mittel, um die Unabhängigkeit Österreichs zu gewährleisten, und der Umstand, daß die bekannten Erklärungen Frankreichs, Englands und Italiens genügt haben, um die nationalsozialistischen Pläne zu durchkreuzen, beweist zur Genüge, daß in dieser Richtung gewisse Aktionsmöglichkeiten bestehen. Mussolini, der durch die österreichisch-ungarisch-

italienischen Protokolle für die italienische Diplomatie die Grundlage für eine solche Aktion geschaffen hat, verliert die Frage gewiß nicht aus dem Auge.

„Popolo d'Italia“ veröffentlicht ein Interview mit dem österreichischen Außenminister Berger-Waldenegg, in dem der Minister u. a. ausführt: Die von Deutschland gegenüber Österreich eingenommene Haltung verletzt Österreich in die notwendige Lage, eine aktivere Außenpolitik zu betreiben. Diese bereits von Monsignore Seipel begonnene Außenpolitik erhielt einen mächtigen Ansporn unter der Kanzlerschaft Dollfuß'. Infolge der von einer ausländischen Partei entfalteten Hege ist den österreichischen Staatsmännern eine absolut europäische Mission zugefallen, nämlich jene, die Unabhängigkeit ihres Landes zu sichern und damit zur Stärkung des Friedens in Europa beizutragen. Der Kampf gegen die nationalsozialistische Partei ist für uns einerseits eine Frage der inneren Politik, denn die neue österreichische Verfassung läßt keine Parteibetätigung zu. Es ist klar, daß das Vorhandensein der Hitler-Partei in Öster-

reich die Unabhängigkeit unseres Landes gefährdet. Wir sind jedoch entschlossen, diese Unabhängigkeit um jeden Preis zu wahren. Auf das Gebiet der internationalen Politik übergehend, sagte der Minister: Auch in den politischen Beziehungen spielen gewisse Dankbarkeitsgefühle eine Rolle, und unser Volk fühlt sich selbstverständlich mehr zu jenen Völkern hingezogen, von denen es in den letzten Zeiten eine wirksame Unterstützung erhalten hat. Dies ist in erster Linie bei dem italienischen Volk und der italienischen Regierung der Fall. Es gibt aber noch einen anderen Grund der Annäherung zwischen Österreich und Italien; der Gedanke einer staatlichen Neuordnung auf autoritärer Grundlage, der zuerst von den Heimwehren vertreten wurde, hat in der österreichischen Bevölkerung Wurzel gefaßt. Diese erkannte in der italienischen faschistischen Organisation das Vorbild, das mit den entsprechenden, für seine sozialen und historischen Verhältnisse nötigen Änderungen eine gesunde Entwicklung des Landes sichert. Das Studium des Faschismus gestattet uns auch, die von ihm bereits gemachten Erfahrungen auszunutzen, und hindert uns so, falsche Schritte zu machen.

Gesandter v. Papen in Wien.

Wien, 15. August. (Amtliche Nachrichtenstelle.) Der neuernannte deutsche Gesandte v. Papen ist am 15. ds., begleitet von seinem Sekretär v. Tschirch, in den späteren Nachmittagsstunden im Flugzeug, von Berchtesgaden kommend, am Flugplatz Appen angekommen. Zu seiner Begrüßung hatte sich der deutsche Geschäftsträger Prinz Erbach mit den Herren der deutschen Gesandtschaft eingefunden. Herr v. Papen begab sich in die deutsche Gesandtschaft, wo er Wohnung nahm.

Wien, 16. August. (Amtliche Nachrichtenstelle.) Der neuernannte deutsche Gesandte Franz v. Papen ist heute um 12 Uhr mittags in Begleitung des diplomatischen Personals der Gesandtschaft beim Bundespräsidenten Miklas erschienen, um ihm sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Der Gesandte wurde vom Kabinettskommissär Doktor Galli feierlich eingeholt. Eine Ehrenkompagnie leistete bei der An- und Abfahrt unter den Klängen des Generalmarsches die Ehrenbezeugung. Bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens, die nach Austausch freundlicher Ansprachen stattfand, intervenierten Bundesminister Doktor Berger-Waldenegg und Kabinettsdirektor Klafersich.

Bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens hielt der neue deutsche Gesandte Herr v. Papen, wie die Korrespondenz Herzog meldet, folgende Ansprache an den Bundespräsidenten Miklas:

„Herr Bundespräsident! Von dem Herrn Deutschen Reichskanzler als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in besonderer Mission nach Wien entsandt, habe ich die Ehre, Euer Exzellenz mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, das zugleich von der Abberufung meines Herrn Amtsvorgängers Mitteilung macht. Indem ich das ehrenvolle Amt übernehme, die Deutsche Regierung bei der österreichischen Regierung zu vertreten, bin ich mir der hohen Bedeutung und Verantwortung der Aufgaben bewußt, die dieses Amt gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen in sich schließt. Es ist der Wunsch der Reichsregierung und zugleich das letzte Vermächtnis des verewigten Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an mich, daß das leider getrübe Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich wieder in normale und freundschaftliche Bahnen geleitet werde. Mein vornehmstes Bestreben wird es daher sein, meine ganze Kraft für die Verwirklichung dieses Wunsches einzusetzen und so dazu beizutragen, daß sich in unseren staatlichen Beziehungen die Gefühle der Freundschaft wiederherstellen, wie sie unserer tausendjährigen Stammes- und Kulturgemeinschaft entsprechen. Ich trete an diese große Aufgabe voll Zuversicht heran, weil ich des festen Glaubens bin, daß die auf Blutsverwandtschaft und gemeinsamer Geschichte beruhenden Bande zwischen unseren beiden Ländern unzerstörbar sind, und weil ferner eine Zusammenarbeit auf geistigem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet für den europäischen Wiederaufbau unerlässlich ist. Deshalb hege ich die Hoffnung, daß ich in meiner Tätigkeit auf die hohe Unterstützung Eurer Exzellenz und die unentbehrliche Mitwirkung der österreichischen Regierung rechnen kann.“

Bundespräsident Miklas erwiderte:

„Herr Gesandter! Mit Vergnügen nehme ich aus Ihren Händen das Schreiben entgegen, durch das Sie Seine Exzellenz, der Herr deutsche Reichskanzler, als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches in Wien beglaubigt. Gleichzeitig übernehme ich das Abberufungsschreiben betreffend Ihren Vorgänger, den Herrn Gesandten Dr. Kurt Rieth. Mit Genugtuung habe ich Ihren Worten entnommen, daß Euer Exzellenz in erster Linie mit der besonderen Mission betraut sind, ganz im Sinne Ihres nun in Gott ruhenden großen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, das Verhältnis zwischen Österreich und dem Deutschen Reich wieder zu einem normalen zu gestalten. Ich bitte Euer Exzellenz die Versicherung entgegenzunehmen, daß es auch mein aufrichtiger Wunsch ist, unseren Beziehungen von Staat zu Staat wieder jenen freundschaftlichen Charakter zu geben, der den geschichtlichen Gegebenheiten und so vieler Gemeinsamkeit in Sprache und Kultur unserer beiden Staaten entspricht. In dem Bestreben nach Durchführung dieser Aufgabe werden Euer Exzellenz bei mir und der Bundesregierung jederzeit vollste Unterstützung finden. In diesem Zusammenhang drängt es mich, auch der Hoffnung und zuversichtlichen Erwartung Ausdruck zu verleihen, daß auch auf wirtschaftlichem Gebiete die zwischen unseren beiden Staaten bestehenden Störungen beseitigt werden und daß es uns gegönnt sein wird, in gemeinsamer Zusammenarbeit mit den anderen Ländern Europas zur Überwindung der allgemeinen Wirtschaftskrise und zur Förderung des Wohlstandes der Völker beizutragen. Indem ich Euer Exzellenz aufrichtig bitte, in diesem Sinne auf meine Mitwirkung zu rechnen, heiße ich Sie, Herr Gesandter, in Österreich freundlich willkommen.“

Vor Überreichung seines Beglaubigungsschreibens an den Bundespräsidenten hat Herr v. Papen dem Generalsekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Peter, dem Bundesminister für die auswärtigen Angelegenheiten Berger-Waldenegg und dem Bundeskanzler Doktor Schuschnigg seinen Antrittsbesuch abgestattet.

Die reichsdeutsche Presse hat die Reise des Sondergesandten für Wien, des Herrn v. Papen, mit lebhaftem Interesse begleitet. Sie veröffentlicht unterm 16. ds. in fastmilde den Brief, den der verstorbene Reichspräsident v. Hindenburg aus Neudeck am 31. Juli 1934 an Papen gerichtet hat. In diesem Brief wird der Vizekanzler seines Amtes enthoben und zum bevollmächtigten Minister „in befristeter Sondermission“ in Wien ernannt. Der Text enthält am Schluß jenen durch das amtliche Interview des Herrn v. Papen bereits bekanntgewordenen Satz, in dem Hindenburg die Hoffnung ausdrückt, es möge Papen gelingen, „normale und herzliche Beziehungen mit dem stammverwandten österreichischen Volke herzustellen“. Der Brief ist auch insofern bemerkenswert, als er die letzte Unterschrift trägt, die der Reichspräsident unter ein amtliches Schriftstück gesetzt hat. Man merkt den Schriftzügen die Mühe an, die das Schreiben dem Reichspräsidenten in dieser Stunde bereits gemacht hat.

Ohne Zweifel ist uns daher die Aufgabe des Wiederaufbaues des österreichischen Staates durch das italienische Beispiel erleichtert. Auch Frankreich hat in der letzten Zeit sehr viel aktives Verständnis für die österreichische Lage bewiesen, so daß, wie es uns scheint, die österreichische Frage sogar ein Annäherungspunkt zwischen Italien und Frankreich geworden ist. Als man seinerzeit, so sagte der Minister fort, von der Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen Italien, Deutschland, Österreich und Ungarn sprach, waren wir Anhänger der Heimwehren darüber besonders zufrieden, weil wir in dieser politischen Zusammenarbeit auch die Möglichkeit einer sozialen Zusammenarbeit sahen, da es sich um Staaten handelt, die alle eine Reorganisation Europas auf autoritärer Grundlage anstreben. Die von Deutschland später eingenommene Haltung hat uns um so schmerzlicher getroffen, weil sie nach unserer Ansicht der Idee einer solchen Zusammenarbeit zuwiderläuft. Wir hatten gehofft, daß diese Idee den Beginn einer allgemeinen europäischen Zusammenarbeit zur Folge haben würde, an der wir Österreicher stark interessiert sind, weil besonders wir sehr großen Wert darauf legen, die besten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit unseren direkten Nachbarn und mit den anderen Großmächten zu unterhalten. Bezüglich der Fragen, die gegenwärtig am meisten aktuell sind, sagte der Minister: Wir sind der Meinung, daß man heute die Ergebnisse der Untersuchung über die Ereignisse vom 25. Juli abwarten muß, die uns sagen werden, von welcher Seite der europäische Friede gefährdet wird, und die uns erlauben werden, jene Elemente aufzuzeigen, die durch ihre Betätigung unserer Meinung nach diesen Frieden kompromittieren. Diese Untersuchung ist schon ziemlich weit fortgeschritten und läßt schon jetzt vermuten, daß sich diese Elemente außerhalb der österreichischen Grenzen befinden. Gemäß den diplomatischen Gepflogenheiten hat die österreichische Regierung der deutschen bereits das Agreement für die Ernennung des Herrn v. Papen zum deutschen Gesandten in Wien notifiziert. Wir erwarten von Herrn v. Papen, daß er sein Bestes zur friedlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland beitragen möge.

Deutsches Reich.

Im Auftrage des Obersten v. Hindenburg, des Sohnes des verstorbenen Reichspräsidenten v. Hindenburg, überreichte Vizkanzler v. Papen am 15. ds. Reichskanzler Hitler ein veriegeltes Schreiben, das das politische Testament Hindenburgs enthält. Vizkanzler a. D. v. Papen veröffentlicht nun im Auftrage des Reichskanzlers Hitler das „An das deutsche Volk und seinen Reichskanzler“ gerichtete Dokument. Der erste Teil des Testaments wurde bereits im Jahre 1919 geschrieben und hebt die Verzeihung des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch hervor. Aufgabe war es nun, die übriggebliebenen Kräfte des Heeres für den späteren Aufbau des Vaterlandes zu retten. Hindenburg erinnert, wie vor 100 Jahren Männer, die an die Heiligkeit ihrer Sache glaubten, ein neues Vaterland auf den Grundlagen freier Entwicklung des einzelnen in dem Rahmen und in der Verpflichtung des Gesamtvolkes schufen. Diesen Weg wird Deutschland wieder gehen, wenn es wieder zu gehen vermag. Hindenburg drückt die feste Zuversicht aus, daß der alte deutsche Geist, durch die Leiden gereinigt von Leidenschaften, wieder aufersteht. Die Gegner kannten die Kraft dieses Geistes, sie suchten unsere Stärke mit dem leeren Worte „Organisation“ ihren Völkern begreiflich zu machen. Deutschland, das Zentrum so vieler und unerlöschlicher Werte der Kultur, wird niemals zugrunde gehen, solange es den Glauben an seine weltgeschichtliche Sendung behält. Hindenburg ist überzeugt, daß es der Gedankentiefe der Besten des Vaterlandes gelingen wird, neue Ideen mit den kostbaren Schätzen der früheren Zeit zu verschmelzen. Der Reichspräsident stellt fest, daß die Sturmflut wilder Leidenschaften und tönernder Redensarten die ganze frühere staatliche Auffassung begraben und die heiligen Überlieferungen vernichtet hat. Diese Flut wird sich verlaufen und dann wird aus dem ewig bewegten Meere des völkischen Lebens der Felsen wieder auftauchen, an den sich einst die Hoffnung unserer Väter klammerte, auf dem sie vor einem halben Jahrhundert die Zukunft unseres Vaterlandes begründeten, nämlich das deutsche Kaiserium. Ist erst das nationale Bewußtsein wiedererstanden, dann werden für uns aus dem großen Kriege, auf den kein Volk mit berechtigterem Stolz und reinerem Gewissen zurückblicken kann als das unsere, sittlich wertvolle Früchte reifen. Im zweiten, im Mai 1934 verfaßten Teile des Testaments sagt Hindenburg einleitend: Diese Worte schrieb ich in dunkelster Stunde und in dem vermeintlichen Bewußtsein, am Abschluß meines Dienstes für das Vaterland zu stehen. Das Schicksal hatte es anders bestimmt. Im Frühjahr 1925 schlug es ein anderes Kapitel meines Lebens auf. Nur meine feste Zuversicht zu Deutschlands unverjagbaren Quellen gab mir den Mut, die Wahl zum Reichspräsidenten anzunehmen und mein schweres Amt unbeirrt durchzuführen. Viele begriffen nicht meine einzige Sorge, das zerrissene und entmutigte deutsche Volk zur selbstbewußten Einigkeit zurückzuführen. Mir war bewußt, daß das Staatsgrundgesetz sowie die Regierungsform, welche die Nation sich in großer Not und innerer Schwäche gegeben hat, nicht den wahren Bedürfnissen und Eigenschaften unseres Volkes entsprechen. Die Stunde mußte reifen, wo diese Erkenntnis Allgemeingut wurde. Symbol und fester Halt für diesen Aufbau mußte die Hülferin des Staates, die Reichswehr, sein. Zu allen Zeiten muß die Wehrmacht das Instrument der obersten Staatsführung bleiben, unberührt von allen innerpolitischen Entwicklungen. Wenn ich zu meinen gefallenen Kameraden zurückgelehrt sein werde, dann rufe ich der jungen Generation zu: Zeigt euch der Vorfahren würdig, wenn Ihr den Frieden sicherstellen wollt! Seid bereit, für diesen Frieden und die Ehre eures Landes das Letzte herzugeben! Vergesst nie, daß auch

euer Tun einmal Tradition wird. Nach einem Dank an die Reichswehr und an die aufbauenden Männer und nach einer Schilderung der juchharten Lasten des Friedensvertrages fährt der Reichspräsident fort: Lange verstand die uns umgebende Welt nicht, daß Deutschland auch als Fahnenträger abendländischer Kultur auch um Europas willen leben mußte. Nur schrittweise, ohne einen übermächtigen Widerstand zu erwecken, waren die Fesseln, die uns umgaben, zu lockern. Wenn manche alte Kameraden die Zwangsläufigkeit dieses Weges damals nicht begriffen, so wird die Geschichte gerechter beurteilen, wie notwendig mancher von mir gezeichnete Staatsakt war. Nach einem Hinweis auf die Mitarbeit Deutschlands in den ganz Europa bewegenden Fragen schließt der Reichspräsident: Ich danke der Vorsehung, daß sie mich an meinem Lebensabend die Stunde der Wiedererwartung hat erleben lassen. Ich scheidet von meinem Volke in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird. In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen.

Reichsaußenminister v. Neurath veröffentlicht folgendes „Mahnwort zur Volksabstimmung“: Bei der Entscheidung, zu der das deutsche Volk am 19. August an die Wahlurne tritt, geht es nicht nur um eine Frage der Gestaltung unserer innerstaatlichen Verhältnisse, sondern ebenso sehr um Grundfragen unserer weltpolitischen Zukunft. Das Kernproblem unserer Außenpolitik ist die Frage der Wiedererlangung unserer Gleichberechtigung. Das Versailles Diktat hat sie uns genommen und durch unsere einseitige Entwaffnung uns zu einem Staate minderen Rechtes herabgedrückt. All die Schmach und das viele Böse, das wir seit Versailles zu erdulden hatten, hatte seinen Ursprung in der Entretung und Entwaffnung durch das Versailles Diktat. Sie zu beseitigen und damit die Grundlagen zu einem wahren und dauerhaften Frieden zu schaffen, ist der Sinn unserer Forderung nach Gleichberechtigung. Wir haben den Völkern verlassen, weil er sich zu einem Instrument für die Aufrechterhaltung unserer einseitigen Entwaffnung hergab und weil er uns die Gleichberechtigung verjagen wollte. Ohne gleiches Recht und gleiche Sicherheit gibt es kein Gedeihen für das deutsche Volk und für jeden von uns. Das haben die letzten fünfzehn Jahre deutscher Geschichte einwandfrei erwiesen. Der Führer und Reichskanzler ist die Verkörperung unseres nationalen Willens zur Erzielung unserer Gleichberechtigung und zur Sicherung eines Friedens in Ehre und Freiheit. Deshalb müssen wir alle geschlossen hinter ihn treten und so dem Auslande zeigen, daß sein Wille und seine Forderungen mit denen des ganzen deutschen Volkes identisch sind. So kann jeder einzelne am 19. August für Deutschlands Gleichberechtigung, Freiheit und Ehre eintreten.

Der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Reinhard hat in einem Appell zur pünktlichen Entrichtung aller Steuern mitgeteilt, daß, da Mangel an Ehrlichkeit und Pünktlichkeit in der Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen Mangel an Treue zum Staat und zur Volksgemeinschaft bedeute, in Zukunft eine Liste der säumigen Steuerzahler aufgelegt werde, und zwar zum erstenmal im Frühjahr 1936 für die Rückstände aus 1935. Es liege deshalb im Interesse eines jeden Steuerzahlers, die Rückstände sobald als möglich restlos zu beseitigen.

Jugoslawien.

Die jugoslawische Regierung hat eine Reihe von wirtschaftlichen Reformen beschlossen. Eine Verordnung sieht die Festsetzung einer Höchstgrenze des Zinsfußes mit 4 1/2 Prozent über dem jeweiligen Diskontsatz der jugoslawischen Nationalbank für Finanzinstitute und mit 8 Prozent für Privatgläubiger vor. Durch eine weitere Verordnung werden die bisher bestehenden Kartelle aufgelöst und die Bildung künftiger verboten. Nur aus wirtschaftlichen Gründen und im öffentlichen Interesse sind Ausnahmen zugelassen. Derartige Kartelle unterstehen dann der Aufsicht des Handelsministeriums. Ferner wurde eine Verfügung erlassen, die den Kleider- und Schuhfabrikanten unterlagt, Reparaturen von Kleidern und Schuhen in ihren eigenen Werkstätten durchzuführen. Diese Maßnahme richtet sich in erster Linie gegen die tschechische Schuhfabrik Bata, deren Werkstättenbetriebe von den Schuhmachermeistern schon seit Jahren auf das heftigste bekämpft werden.

Danzig — Polen.

Nachdem bereits vor Jahresfrist durch das Danzig-polnische Hafensabkommen der Anfang zu einer Vereinigung der zwischen den beiden Staaten vorhandenen Gegensätze gemacht worden ist, ist es nunmehr nach langwierigen Verhandlungen gelungen, eine Verständigung über den Gesamtkomplex der Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen. Durch eine Reihe von Abkommen wird der Zoll- und Wirtschaftstampon zwischen Danzig und Polen beseitigt und ein freier Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden durch eine Zollunion wirtschaftlich miteinander verknüpften Staaten ermöglicht.

Großbritannien.

Das englische Kriegsministerium plant eine durchgreifende Reorganisation des stehenden Heeres und der Reservekorps, der sogenannten Territorialarmee, der im Kriegsfall die Luftverteidigung Londons und anderer größerer Städte zufällt. Die Territorialarmee soll durch einen energiegelichen Rekrutierungsfeldzug auf volle Stärke gebracht und mit den modernsten Luftabwehrgeschützen, Scheinwerfern usw. ausgerüstet werden. Für das stehende Heer ist vor allem eine stärkere Mechanisierung ge-

plant, wobei alle Geschütze und Schlepplfahrzeuge mit Gummibereifung versehen werden sollen. Weiter wird jede Brigade in Zukunft aus drei leichten und einem schweren Bataillon bestehen. Die leichten Bataillone sollen mit leichten Maschinengewehren, automatischen Gewehren usw. bewaffnet werden, während die schweren Bataillone außer den schweren Maschinengewehren auch Grabenmörser erhalten sollen. Die Pioniertruppen werden für den Grabenbau mit Preßluftbohrern und anderen modernen Geräten ausgerüstet werden. Schließlich ist der Bau von Tankwagen mit Dieselmotoren vorgesehen. — Man sieht, wir sind im Zeitalter der Ausrüstung.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Ein ungeheures Aufforstungsprogramm ist vom Präsidenten Roosevelt ausgearbeitet worden. In einem Zeitraum von zehn Jahren und mit einem Kostenaufwand von 75 Millionen Dollar soll ein 100 Meilen breiter und 1000 Meilen langer Waldgürtel von Norddakota über Süddakota, Nebraska und Kansas bis nach Texas hinein angelegt werden. Der Waldgürtel wird 100 parallel laufende Streifen mit dazwischenliegendem Farmland bilden. Bevor mit der Anlegung dieses Gürtels begonnen wird, müssen 3,5 Milliarden Bäume herangezogen werden. Zum Schutz der jungen Bäume werden 200.000 Meilen Zäune errichtet werden, wozu 50 Millionen Pfähle erforderlich sind. Der Waldgürtel soll erstens das benachbarte Farmland schützen, ferner den Boden verbessern und dem gegenwärtigen Holzmangel im mittleren Westen abhelfen. Weiter soll er die Möglichkeit einer Naturkatastrophe, wie die kürzliche Hitzewelle, verhindern.

Änderung amtlicher Bezeichnungen in der Bezirks- und Gemeindeverwaltung.

Nach den Bestimmungen der Verfassung 1934 und den hiezu erlassenen Vorschriften des Bundesverfassungsgesetzes, betreffend den Übergang zur ständischen Verfassung, führen die bisherigen politischen Bezirke nunmehr die Bezeichnung Verwaltungsbezirk und die Gemeinden die Bezeichnung Ortsgemeinde. Hinsichtlich der einzelnen Gemeindeorgane bleibt die bisherige Bezeichnung Bürgermeister unverändert, während der bisherige Gemeinderat nunmehr Gemeinderat und der bisherige Gemeindevorstand Gemeinderat (in landesunmittelbaren Städten, d. i. in den bisherigen Städten mit eigenem Statut, Stadtrat) heißt.

Mit Oktober Inkrafttreten der Gewerbe-Novelle.

Da die in ihren Grundzügen fertiggestellte Gewerbe-Novelle bisher vom Ministerrat noch nicht verabschiedet wurde und zwischen der Verlautbarung des endgültigen Textes und dem Inkrafttreten ein Zeitraum von mehreren Wochen sein soll, ist der ursprünglich angenommene Wirksamkeitsbeginn am 1. September unwahrscheinlich geworden. Die Gewerbe-Novelle dürfte vom 1. Oktober an Geltung erlangen. Vorher wird, wie dies vom Anfang an geplant war, während einer bestimmten Zeit eine völlige Gewerbebesperre gehandhabt werden, während welcher auch keine Ansuchen um Ausnahme von der Gewerbebesperre angenommen werden sollen.

Der Gewerbebund beim Bundeskanzler.

Namens des Präsidiums des Österr. Gewerbebundes sprachen Präsident Ing. Julius Raab, Vizepräsident Julius Kampitsch und der Geschäftsführer Dr. Anton Widmann dem Österr. Gewerbebundes bei Bundeskanzler Dr. Schuschnigg vor. Der Präsident begrüßte den neuernannten Bundeskanzler als den berufensten und würdigsten Träger des Vertrauens des verwerteten Führers, versicherte ihn des Vertrauens der Handels- und Gewerbetreibenden Österreichs und der unbedingten und treuen Geselligkeit des österreichischen Gewerbebundes. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg nahm die Erklärungen des Präsidenten Ing. Julius Raab mit Befriedigung zur Kenntnis und erklärte, daß ihm besonders daran gelegen sei, in den kommenden Monaten, die auch dem berufsständischen Aufbau von Gewerbe und Handel gewidmet sein sollen, im vertrauensvollen Kontakt mit der Leitung des österreichischen Gewerbebundes zu stehen.

Kurznachrichten.

Zurücknahme der italienischen Truppen aus dem Grenzgebiet.
Rom, 16. August. Die Agenzia Stefani teilt mit: Die Divisionen, die nach den Ereignissen vom 25. Juli als Vorrichtungsmaßnahme an der Nord- und der Nordostgrenze konzentriert worden waren, erhielten den Befehl, in ihre Heimatgarnisonen zurückzukehren. Die Zurückbewegung ist im Gange.

Autounfall des Ministerpräsidenten Goering.

Ministerpräsident Goering hatte am 14. ds. abends auf der Fahrt von München nach Berchtesgaden einen Autounfall. Dabei erlitt Ministerpräsident Goering eine harte Quetschung der rechten Rückenleiste und leichte Schnittwunden im Gesicht und an den Armen. Auch die übrigen Insassen des Autos wurden leicht verletzt. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus nach Nosenheim gebracht. Die Ärzte stellten fest, daß zu besonderer Beforgnis kein Anlaß vorliegt. Nach mehrtägigem Aufenthalt im Krankenhaus wurde die Fahrt zum Landhaus Goerings in Oberalzberg fortgesetzt. Das Befinden Goerings ist den Umständen entsprechend gut.

Die Ergänzung des österreichischen Heeres.

London, 15. August. (Reuter.) Die britische Regierung wird in einigen Tagen dem österreichischen Gesandten in London eine Note betreffend die österreichische Heeresverfassung übermitteln, nachdem Österreich in London, Paris und Rom um eine Erweiterung des Übereinkommens vom August 1933 ersucht hat, das Österreich ermächtigt, eine ergänzende Streitkraft in der Stärke von 8.000 Mann auf der Grundlage eines Jahres anzuzuworben. Diese Frage wird derzeit in London geprüft und es besteht kein Zweifel daran, daß eine günstige Antwort gegeben werden wird.

